

## **Initiativantrag**

**der unterzeichneten Abgeordneten  
betreffend  
„Kernkraft? Nein, danke!“**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der oberösterreichische Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass alle diplomatischen und rechtlichen Mittel genutzt werden, um den konsequenten Weg Österreichs im Kampf gegen die Kernkraft fortzusetzen und zu intensivieren. Die Bundesregierung sollte auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass folgende Punkte zur Umsetzung gelangen:

- Trendwende in der europäischen Atompolitik und keine Subventionen für den Ausbau von Atomkraftwerken oder die Produktion von Atomstrom mehr
- Einführung verpflichtender Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Laufzeitverlängerungen
- Festlegung einer maximalen Höchstlaufzeit für Atomkraftwerke
- Keine Atommüllendlagerstätten in Österreichs Grenznähe

### **Begründung**

Durch die aktuelle Diskussion um den Fortbestand der österreichischen Biomassekraftanlagen wurde auch eine Debatte über Atomstromimporte ausgelöst, die ein konsequentes Auftreten und ein klares Nein zur Kernkraft erforderlich macht. Denn wer Ökostrom abdreht, dreht Atomstrom auf!

Immer wieder wird innerhalb der Europäischen Union in Form von staatlichen Subventionen der Bau von Atomkraftwerken ermöglicht. So soll beispielsweise der Ausbau von jeweils zwei weiteren Reaktoren in den Atomkraftwerken Hinkley Point und Paks von den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten subventioniert werden. Deshalb braucht es eine Trendwende in der europäischen Atompolitik: Der milliarden schwere Ausbau von Atomkraftwerken steht nicht nur in großem Widerspruch zu unserem Verständnis ökologischer, sondern auch budgetärer

Nachhaltigkeit. Zukünftig soll es daher in der gesamten Union keine Subventionen für den Ausbau von Atomkraftwerken oder die Produktion von Atomstrom mehr geben.

Durch die langen Laufzeiten und immer wieder erfolgenden Laufzeitverlängerungen wird außerdem das Risiko für Störfälle wesentlich erhöht. Aus diesem Grund sollte bei jeder Laufzeitverlängerung erneut im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung evaluiert werden, ob ein weiterer Betrieb eines Reaktors aus Sicherheitsgründen möglich ist. Zudem sollte sich die Bundesregierung auch für die Festlegung einer maximalen Höchstlaufzeit auf europäischer Ebene stark machen.

Neben dem Risiko, das permanent von Atomkraftwerken in Form von potenziellen Störungen und atomaren Unfällen ausgeht, gibt es zudem auch das wesentlich langfristigere Problem der Atommülllagerung. Hochradioaktive Abfälle wie Brennstäbe haben Halbwertszeiten von mehreren tausend bis hin zu Millionen von Jahren. Endlagerstätten zu finden, die über diesen Zeitraum hinweg, völlig abgeschirmt und sicher sind, ist praktisch unmöglich und bisher nicht gelungen. In unserem Nachbarland Tschechien soll nun bis 2065 ein Endlager in 500-700 Meter Tiefe gefunden werden. Von einer Expertenkommission, die für die Suche verantwortlich ist, wurden vergangenes Jahr sieben mögliche Standorte genannt, teilweise unmittelbar in der Nähe von Temelin und damit nur gute 50 Kilometer von der oberösterreichischen Landesgrenze entfernt. Damit droht hier eine Multiplizierung des Risikos durch die beiden Reaktorblöcke einerseits und ein Atommüllendlager andererseits.

Wir sprechen uns im Sinne der Sicherheit der Region entschieden gegen ein Atommüllendlager an der Grenze zu (Ober-)Österreich aus und ersuchen die Bundesregierung, verstärkt gegen den Ausbau und die Unterstützung der Kernkraftwerke aufzutreten.

Linz, am 05. März 2019

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Kirchmayr, Hattmannsdorfer, Pühringer, Aspalter, Dörfel, Hingsamer, Manhal, Kölblinger, Lackner-Strauss**

Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Weichsler-Hauer**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Schwarz, Hirz, Buchmayr, Kaineder, Mayr, Böker**